

1) Am Beginn wird der Trinkwasserbericht verlesen. Die Werte seien in Ordnung. Ob denn die Gemeinde schon Infos habe, dass im Sommer die Werte unserer Brunnen schlechter sein können und es daher angebracht sei eine zusätzliche Untersuchung einzuziehen, wird vom Bürgermeister in der Weise beantwortet, dass die Gemeinde noch keine diesbezügliche Info habe.

Laut Auskunft der Bezirkshauptmannschaft sei beim Dieselunglück es nicht verpflichtend gewesen die Gemeinde zu informieren (§ 2 Umwelthaftungsgesetz) und es sei ohnehin die zuständige Gewässeraufsicht verständigt worden. Die Bezirksfeuerwehr schritt ein und sprühte Biodiversal gegen den Austritt von Dieselöl und zwar bereits um 22.30h. Am nächsten Tag um 10.15h hat GR. Fischer mit der uninformierten Gemeinde und im Anschluss mit der BH, Dr Wanek telefoniert und höflichst ersucht die Gemeinde zu informieren. Zufällig wurde die Gemeinde dann um 10.30h dieses Tages informiert.

Bemerkung: Es gibt auch andere Rechtsvorschriften die einschlägig sein können und damit eine Auskunftspflicht der jeweiligen Behörde hervorrufen könnten, wie zum Beispiel der Abschnitt Umwelt im Auskunftsgesetz, es bleibt zu hoffen dass wir im Ernstfall in Zukunft informiert werden!

2) Budget: Nachtragsvoranschlag, doppelt so hoch angesetzt wie der ursprüngliche Budgetansatz, daher von 4 auf 8 Millionen. Für die ÖVP wurde vor der Wahl ein Schummelbudget präsentiert, das nicht zu halten war und all diese Punkte befinden sich jetzt im Nachtragsvoranschlag. Dies sei ein eigenes Budget und hätte daher Parteienverhandlungen im Vorfeld nötig gemacht, welche aber nicht stattgefunden haben.

Norbert Bregel, grüner GR, macht klar, dass man sich um 100% verschätzt habe; Ulli Fischer betont dass Geld für das Weiterschreiben von Fehlern ausgegeben wird siehe kostenintensive Schaffung eines Betriebsgebietes. Norbert Bregel streicht hervor, dass der mittelfristige Finanzplan endlich mit Hard Facts zu befüllen ist. Für Grüne und ÖVP ist der Spargedanke fraglich und sie stimmen daher gegen das Budget. Die Freiheitlichen stimmen dem Budget kritiklos zu.

3) 3,3 Millionen müssen an zusätzlichen Darlehen aufgenommen werden, weil Grundstücke falsch bewertet bzw nicht verkauft werden konnten. Die neuen Darlehen sollen in 10 bis 15 Jahren zurückgezahlt werden durch den Verkauf von Liegenschaften, hauptsächlich Betriebsgebiet zwischen Andrä und Zeiselmauer. Pödeu gibt zu bedenken dass der Zinsendienst bei 10 Jahren nochmals 500.000 Euro und wenn nach 15 Jahren zurückgezahlt 700.000 Euro beträgt. Jürgen Schneider, Gemeinderat der Grünen meint trefflich: Ich wünsche uns Glück! Wir nehmen Darlehen auf in der Hoffnung Grundstücke zu verkaufen, was uns in der Vergangenheit nicht gelungen ist, und gehen davon aus dadurch unsere Schulden zurückzahlen zu können- Herr Bürgermeister dass ist Spekulation aber keine vernünftige Finanzpolitik! Grüne stimmen dagegen!

Resolution: Park-Ride-Anlage; Das Land Niederösterreich soll den Ausbau der Parkplätze beim Bahnhof Wördern fördern. Wir meinen der öffentliche Verkehr und das Radwegenetz sollen umgesetzt werden und damit könnten einige Leute auf Parkplätze am Bahnhof verzichten. Seidl meint dass AST endlich umgesetzt werden soll und dadurch ein richtiger Akzent gesetzt werden soll. Klimaschutzgemeinden sollten mehr auf öffentlichen Verkehr setzen. Durch Parkplätze ziehen wir innerörtlichen und Verkehr aus den Nachbargemeinden an.

6) Die Sozialkapitalstudie von Prof. Gehmacher wird über den Sommer ausgewertet werden. Prof. Kaiser wird beauftragt die erste Phase des örtlichen Entwicklungskonzeptes zu begleiten um gemeinsam mit der Bevölkerung ein Leitbild zu erstellen, die Ergebnisse aus der Gehmacherstudie werden eingearbeitet werden. Schlagwort: Lernen aus der Zukunft! Einstimmig angenommen!

7) Das neue Betriebsgebiet wird umbenannt in Wirtschaftspark. Anmerkung Ulli Fischer: Das ganze Projekt stelle ein Budgetloch dar und zerschneide die Felder und ziehe nur unnötig Autoverkehr an. Flächenwidmungsplan/ Bebauungsplanänderung und Teilungskonzept sollen im Sommer aufliegen und im Herbst beschlossen werden. Sprich bisher noch keine entsprechende Flächenwidmung für das Betriebsgebiet mit zwei Aufschließungszonen. Einwendungen können eingebracht werden und müssen vom Land bei der Beurteilung berücksichtigt werden.

17) Vereinbarung zwischen Dietmar Ohnewas und der Marktgemeinde St.Andrä-Wördern: Auszug: Der Eigentümer verpflichtet sich für die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen Oberer Ohnewasweg und Schwalbenweg eine Fläche von circa 550m² in das öffentliche Gut zwecks Straßenerrichtung abzutreten.

Bemerkung: **Widerspricht den Grundsätzen der Raumordnung, erstens Einzelumwidmungen und zweitens als Tauschgeschäft Umwidmungen durchzuführen!**

Kosten: Vermessung, Straßenbau und dann entweder 10.000 Euro an Ohnewas oder Umwidmung von Grünland in Bauland zwischen Wördern und Altenberg.

Passus: Die Marktgemeinde erklärt sich bereit als Gegenleistung für die Abtretung ins öffentliche Gut eine Umwidmung einer Teilfläche von ca. 700m² des Grundstückes 635 der KG Wördern von Grünland in Bauland in die Wege zu leiten und zügig voranzutreiben, sodass eine rechtskräftige Umwidmung bis Ende September erfolgt. Grüne lehnen Vorgangsweise ab!

19) Zuschuss zur Kinderbetreuung der Schulkinder der allgemeinen Volksschule wird jährlich mit 15.000 Euro gefördert. Frage Jürgen Schneider: Alle Horteinrichtungen. Pillmayer: Nein, weil die Volksschule bekommt dass und andere Einrichtungen bekommen wieder andere Förderungen. Jürgen Schneider: Sollte uns die Nachmittagsbetreuung aller Kinder gleich viel wert sein?! Wichtig sei jedenfalls ob es sich bei den entsprechenden Kindern um Hauptwohnsitzer handle zwecks Landesförderung meint Ohnewas. Man könne sich die Betreuung von Haupt und Kreamontschule anschauen und sehen ob es auch hier Handlungsbedarf seitens der Gemeinde bestehe meint Pillmayer. Einstimmig angenommen.

21) Dringlicher Antrag der Freiheitlichen: Landesweite Aktion-Thema: Wir machen die Grenzen dicht und stellen einen Antrag bei der Republik. Jürgen Schneider: Dies ist wohl mit unseren Vorstellungen und tatsächlichen Lebensart einer weltoffenen und grenzenlosen Gemeinde nicht vereinbar. Semler: Diese Thematik fällt nicht in unsere Zuständigkeit. Elisabeth Seidl: Populismus, weil es wurden die Zahlen 2008 und 2009 herangezogen um zu argumentieren, dass die Kriminalität steigt, hingegen ist die Kriminalität in Niederösterreich im Jahre 2010 um 22% gegenüber den Vorjahren gesunken. Es gibt ein funktionierendes System und es sollen auf den Autobahnen zusätzliche Überwachungskameras hingestellt werden. Offene Grenzen sollen bleiben. Fpö stimmt dafür!